

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Erklärung der Bundesregierung vom 24. Juni 1982

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, daß die portofreie Beförderung von Hilfspaketen nach Polen durch die Deutsche Bundespost über den 30. Juni 1982 bis zum 31. Dezember 1982 verlängert wird und
2. mit der polnischen Postverwaltung dahin gehend zu verhandeln, daß sie auch für diese Zeit auf die ihr nach dem Postpaketabkommen des Weltpostvereins zustehende Endgebühr verzichtet.

Bonn, den 23. Juni 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Der portofreie Versand von Hilfspaketen nach Polen hat der Hilfsbereitschaft von Bürgern und karitativen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland einen ungeheuren Auftrieb gegeben. Damit konnte die existenzielle Not der Menschen in Polen maßgeblich gemindert werden. Dieser Erfolg würde zunichte gemacht, wenn das finanzielle Entgegenkommen abrupt beendet würde. Diese Gefahr besteht um so mehr, als am gleichen Tag die Postgebühren um rd. 30 v. H. erhöht werden. Um das zu verhindern, sollte die jetzt praktizierte Lösung über den 30. Juni hinaus bis zum 31. Dezember 1982 verlängert werden. Der hierdurch entstehende Einnahmeausfall ist entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung ebenso wie bisher durch Einsparungen sowie durch Erhöhungen bei den Verwaltungseinnahmen auszugleichen.